

# **VIERPUNKTNULL**

**SÜDWEST MERKUR**

**AUSGABE SEPTEMBER 2017**

**Freie  
Demokraten**

Baden-  
Württemberg **FDP**

**FDP/DVP Fraktion**   
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

**„ENGAGING RUSSIA“ –  
RUSSLAND IN DIE  
PFLICHT NEHMEN S.7**

**TEAM BADEN-WÜRTTEMBERG:  
UNSERE TOP 15 S.3**

**KAMPAGNE ZUR  
BUNDESTAGSWAHL 2017 S.9**

**DER MANN FÜR DEN  
MITTELSTAND:  
MICHAEL THEURER S.5**

**AUS DER  
FDP/DVP LANDTAGSFRAKTION:**

**RÜLKE: SOLIDE FINANZEN  
SIND NÖTIG S.11**

**INTERVIEW MIT  
DR. TIMM KERN S.12**

**GRÜNE GEFÄHRDEN  
INNERE SICHERHEIT S.14**

**KOSTEN-WILDWUCHS  
IM NATIONALPARK S.15**

**FAHRVERBOTE SIND DAS  
FALSCHES SIGNAL S.15**

## LIEBE PARTEIFREUNDINNEN UND PARTEIFREUNDE,

am 24. September findet die Richtungswahl für die Bundesrepublik statt. Wir Freien Demokraten kämpfen dafür, dass die Stimme der Freiheit, der Eigenverantwortung, des Privateigentums und der Bürgerrechte endlich wieder gehört wird in Deutschland. Die Freien Demokraten werden gebraucht als Stimme der Vernunft und Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft.

Lassen Sie uns den Schwung aus den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen nutzen, um die Menschen für die Freien Demokraten zu gewinnen. Diese Wahlen haben gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich sehr wohl eine politische Kraft wünschen, die **weltoffen und pro-europäisch, marktwirtschaftlich und bürgernah** ist. Das ist auch die Positionierung der FDP in Baden-Württemberg. Damit wir bei der Bundestagswahl aber auch tatsächlich an diese Erfolge anknüpfen können, kommt es nun in ganz besonderem Maße auf die Freien Demokraten hier in Baden-Württemberg an. Mit sensationellen 8,3% bei der Landtagswahl 2016 waren wir im Stammland der Liberalen der Motor der Länderwende. Mit

diesem Erfolg im Rücken wollen wir nun auch unseren Beitrag für den Wiedereinzug der FDP in den Bundestag leisten. Die FDP wird nur in den Deutschen Bundestag zurückkehren, wenn wir in Baden-Württemberg ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erzielen. **Mit 8 Prozent plus X setzen wir uns ein Ziel, das realistisch ist.** Darum heißt es jetzt, gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln und die Freien Demokraten wieder nach oben zu bringen!

Wir ziehen mit einem hervorragenden Team in die Wahl. Die baden-württembergischen Kandidaten handeln nach unseren Werten - mutig, optimistisch, empathisch und lösungsorientiert. Wir Freie Demokraten haben einen klaren Kompass: Mehr Eigeninitiative, mehr Privatinitiative, mehr Fleiß, mehr Kreativität und Erfindergeist und weniger staatliche Regulierung und Dirigismus.

Helfen Sie alle tatkräftig dabei mit, dieses Team zu unterstützen. Mit Ihrem Rückhalt und einer breiten Basis werden wir es schaffen, wieder in den Bundestag zurückzukehren.

Herzlichst

Ihr

Michael Theurer



# TEAM BADEN-WÜRTTEMBERG UNSERE ERSTEN 15



## 1. Michael Theurer MdEP

Wahlkreis 271 – Karlsruhe Stadt

Michael Theurer MdEP (\*12. Januar 1967 in Tübingen), Diplom-Volkswirt, Oberbürgermeister a.D. und Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2009. Michael Theurer ist Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg, Mitglied im Bundespräsidium und Bundesvorstand der FDP. Dort ist er zuständig für die Politikbereiche Wirtschaft und Arbeit. Er ist stellvertretender Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Delegation im Europäischen Parlament.



## 2. Judith Skudelny

Wahlkreis 258 – Stuttgart I

Judith Skudelny (\*02. Oktober 1975 in Stuttgart) ist verheiratet und Mutter zweier Kinder. Sie ist Rechtsanwältin in einer mittelständischen Kanzlei mit den Schwerpunkten Sanierungs- und Insolvenzrecht. Sie ist Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg und Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg. Sie kandidiert zur Bundestagswahl 2017 für den Wahlkreis Stuttgart I.



## 3. Michael Georg Link

Wahlkreis 267 – Heilbronn

Michael Georg Link (\* 6. Februar 1963 in Heilbronn) ist seit dem 1. Juli 2014 Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau. Er war von 24. Januar 2012 bis 17. Dezember 2013 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Im Mai 2014 wurde er als Kandidat der Bundesregierung durch die Außenminister der 57 Teilnehmerstaaten der OSZE für das Amt des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE nominiert.



## 4. Pascal Kober

Wahlkreis 289 – Reutlingen

Pascal Kober (\*3. Juli 1971 in Sindelfingen) ist evangelischer Theologe und Militärseelsorger. Er war von 2009 bis 2013 Abgeordneter für die FDP im Deutschen Bundestag.

Seit 2001 ist er Mitglied im Landesvorstand der FDP/DVP Baden-Württemberg. Seit Mai 2015 ist er Beisitzer im FDP-Bundesvorstand.



## 5. Dr. Florian Toncar

Wahlkreis 260 – Böblingen

Florian Toncar (\*18. Oktober 1979 in Hamburg) ist Rechtsanwalt. Er war 2005 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages.

In der 16. Wahlperiode war er Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP-Bundestagsfraktion und ordentliches Mitglied des Finanzmarktremiums.



## 6. Dr. Marcel Klinge

Wahlkreis 286 – Schwarzwald-Baar

Marcel Klinge (\*04. Dezember 1980) ist Geschäftsführer einer FDP Landtagsfraktion und Mitglied im Bundesvorstand der Freien Demokraten. Klinge ist Mitglied im Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg, Bezirksvorsitzender der Freien Demokraten Südbaden sowie Mitglied im Gemeinderat der Stadt Villingen-Schwenningen. Ebenfalls ist er Aufsichtsratsmitglied der WBG Villingen-Schwenningen und Kreisrat im Schwarzwald-Baar-Kreis. Er ist Mitglied im Bundesvorstand der FDP.



## 7. Renata Alt

Wahlkreis 262 – Nürtingen

Renata Alt wurde 1965 in Skalica (Slowakei / Tschechoslowakei) geboren. Sie ist Chemie-Ingenieurin (Dipl.-Ing.), verheiratet, wohnt in Kirchheim unter Teck. Sie arbeitet im Außenhandelsministerium in Prag (Tschechien) in der Abteilung Europa und EWG (EU). Später wurde sie vom Auswärtigen Amt in Prag als Diplomatin nach Deutschland entsandt. Sie ist Experte in Europa- und Außenpolitik, arbeitet im Consulting im Bereich Außenhandel und als Dolmetscherin.



## 8. Benjamin Strasser

Wahlkreis 294 – Ravensburg

Benjamin Strasser ist 30 Jahre alt, ledig und von Beruf Rechtsanwalt. Er ist wohnhaft in Berg (Lkr. Ravensburg).

Strasser ist FDP-Kreisvorsitzender, Gemeinderat und Landesvorstandsmitglied der FDP BW. Er arbeitete nach seinem Referendariat am Landgericht Stuttgart als parlamentarischer Berater für den ehemaligen Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll MdL. Im Rahmen seiner Tätigkeit im Landtag war er zuständig für den NSU-Untersuchungsausschuss.

## TEAM BADEN-WÜRTTEMBERG UNSERE ERSTEN 15



### 9. Dr. Jens Brandenburg

Wahlkreis 277 – Rhein-Neckar

Dr. Jens Brandenburg wurde 1986 geboren. Sein Studium der Politikwissenschaft und VWL schloss er mit einer Promotion an der Universität Mannheim ab. Er arbeitet für eine weltweit tätige Unternehmensberatung. Er ist Landesvorstandsmitglied der FDP Baden-Württemberg.

Von 2010-2013 war er Landesvorsitzender der JuLis Baden-Württemberg.



### 10. Dr. Christoph Hoffmann

Wahlkreis 282 – Lörrach-Müllheim

Dr. Christoph Hoffmann (\*9. Dezember 1957) ist seit 2007 Bürgermeister der Gemeinde Bad Bellingen im Markgräflerland. Er ist verheiratet und hat einen Sohn.

Er ist Mitglied im Landesvorstand des Gemeindetages Baden-Württemberg und im Europaausschuss des deutschen Heilbäderverbandes.



### 11. Alexander Kulitz

Wahlkreis 291 – Ulm

Der 35-jährige Alexander Kulitz aus Ulm ist Kandidat der Freien Demokraten FDP zur Bundestagswahl am 24.09.17 für Ulm und Alb-Donau. Kulitz ist Rechtsanwalt, Familienunternehmer und Bundesvorsitzender der Wirtschaftsjunioren.

Neben seiner anwaltlichen Tätigkeit verantwortet er im familieneigenen Unternehmen, der ESTA Apparatebau GmbH & Co. KG die Bereiche "Recht und Steuern" in der Geschäftsleitung.



### 12. Dr. Christian Jung

Wahlkreis 272 – Karlsruhe Land

Dr. Christian Jung (\*1977 in Heidelberg), verheiratet, 2 Kinder ist Studiendirektor und Abteilungsleiter an einem allgemeinbildenden Gymnasium. Seit 2014 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Freien Demokraten Karlsruhe-Land (seit 2016 stellv. Vorsitzender). Zudem ist Jung Mitglied im Landesvorstand der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) Baden-Württemberg und Vorstandsmitglied des Vereins „Aktionsbündnis Zweite Rheinbrücke“ seit 2016.



### 13. Dr. Christopher Gohl

Wahlkreis 290 – Tübingen

Christopher Gohl (\*23. Mai 1974 in Stuttgart) ist verheiratet, hat drei Kinder und arbeitet als wissenschaftlicher Assistent am Tübinger Welthethos-Institut.

Gohl ist Vertrauensmann der FDP und stellvertretender Vorsitzender der Kommission Freiheit und Ethik.

Seit 2012 lehrt und forscht er in Tübingen zu Fragen weltbürgerlicher Verantwortung in der Wirtschaft.



### 14. Stefanie Knecht

Wahlkreis 265 – Ludwigsburg

Stefanie Knecht (\*15. Januar 1969), Immobilienverwalterin.

Studium der Politik-, Geschichts- und Medienwissenschaften in Passau und Berlin.

Seit Sommer 2014 ist sie stellvertretende Ortsvorsitzende der FDP, seit Oktober 2015 stellvertretende FDP Kreisvorsitzende Ludwigsburgs.



### 15. Janis Wiskandt

Wahlkreis 279 – Pforzheim

Janis Wiskandt (\*27. Februar 1994) ist Bäckermeister und Mitglied des Gemeinderats Pforzheim (Sportausschuss, Schul- und Bildungsausschuss, gemeinsamer Schulbeirat, Aufsichtsrat Heizkraftwerke Pforzheim, Aufsichtsrat GBE Pforzheim, Verwaltungsrat Volkshochschule Pforzheim).



**DEN-  
KEN  
WIR  
NEU.**

# MICHAEL THEURER: ACHT PLUS X IST UNSER ZIEL

Am 24. September können wir die Weichen anders stellen.

Soziale Gerechtigkeit – das Thema des Wahlkampfes 2017? Wir Freie Demokraten verstecken uns nicht – auch nicht bei diesem Thema. Was sozial und was gerecht ist, das liegt immer im Auge des Betrachters. **Wir als Freie Demokraten wollen, dass die Menschen, die sich etwas erarbeiten, auch genug davon übrig haben.** Wir wollen, dass sich junge Menschen und junge Familien ein Eigenheim leisten können. Wir wollen, dass kleine und mittlere Unternehmen die großen Herausforderungen der Globalisierung und Digitalisierung meistern – sie als Chance sehen und nicht aus Furcht vor neuen Entwicklungen die Schultern hängen lassen.

**Als FDP Baden-Württemberg fühlen wir uns der arbeitenden Mitte verpflichtet.** Gerade kleine und mittlere Unternehmen und deren Arbeitnehmer sind es, die Baden-Württemberg und Deutschland tragen, Wohlstand sichern und Arbeitsplätze bereitstellen. Diese kleinen und mittleren Unternehmen (kmU) sind es, die 58,5% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stellen. 81,8% aller Auszubildenden sind in Betrieben mit weniger als 500 sozialversicherungspflichtigen Mitarbeitern beschäftigt. Mehr als 9 Milliarden Euro investieren diese kleinen und mittleren Unternehmen in Forschung und Entwicklung. Knapp 55% steuern sie zur gesamten Netto-Wertschöpfung aller deutschen Unternehmen bei. Diese Zahlen zeigen die beeindruckende wirtschaftliche Leistung der rund 3,6 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland. Das sind **99,6% aller Unternehmen in Deutschland.** Die meisten von ihnen sind Familienbetriebe, und dies in doppelter Bedeutung. Sehr oft werden die kmU im Laufe mehrerer Generationen von derselben Familie geführt: Der Großvater hat die Firma gegründet, sein Sohn übernimmt sie und danach der Enkel oder die Enkelin. Auf diese Weise wird Wissen und Verantwortung für das Unternehmen und seine Mitarbeiter weitergegeben. Die Inhaber kennen die Mitarbeiter, die oft schon lange im Unternehmen sind. Sie nehmen Anteil an deren Sorgen, sei es die Gesundheit oder die Entwicklung der Kinder, und versuchen in dem einen oder anderen Fall zu helfen. So bildet

sich im besten Sinne des Wortes eine „Familie“, in der alle zusammenstehen und gemeinsam für das Wohlergehen des Unternehmens, das auch ihr Wohlergehen umfasst, arbeiten. Kleine und mittlere Unternehmen haben im Gegensatz zu großen Unternehmen eine direkte Beziehung zur Stadt, zum Kreis und zur Region, in der ihr Standort ist.

## Meine wirtschaftspolitische Agenda:

Wir müssen verzerrende und wachstumshemmende **Subventionen abbauen**, die ungute Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft reduzieren. Wir wollen einen **Privatisierungsbeirat** einberufen, der Vorschläge erarbeitet, wie sich der Bund sozialverträglich und kapitalmarktschonend von seinen großen Beteiligungen (Post, Telekom, Commerzbank) trennt. Wir wollen **starke Anreize für Unternehmensinvestitionen** setzen, etwa durch eine steuerliche Besserstellung von unternehmerischer Forschung und Entwicklung. **Der Wettbewerb ist das beste Entdeckungsverfahren**, er sorgt für Innovationen und niedrige Preise. Gleichzeitig ist er das beste Entmachtungsinstrument, er wirkt Kartellbildungen entgegen. In der Sozialen Marktwirtschaft sollte der Staat Schiedsrichter sein und nicht Mitspieler. Schutzzäune um einzelne Branchen sind genauso falsch wie Verbote. Wir wollen Unternehmern wieder mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben schaffen. Daher fordern wir zum Beispiel für einen Zeitraum von fünf Jahren ein **„one in, two out“: Für jede neue bürokratische Belastung müssen zwei alte gestrichen werden.** Der Fachkräftemangel stellt für den Mittelstand eine große Herausforderung dar. Wir brauchen eine Verbesserung der schulischen Ausbildung, insbesondere auch für lernschwache Jugendliche, die Nutzung der Erfahrung Älterer durch einen flexibleren Renteneintritt und **ein modernes Einwanderungsgesetz** für ausländische Fachkräfte. Im Laufe der nächsten vier Jahre brauchen wir eine **deutliche Entlastung bei der Einkommensteuer.** Insgesamt sollte das Entlastungsvolumen bei 30 bis 40 Milliarden Euro liegen. Konkret wollen wir den Solidarzuschlag abschaffen und den so genannten

## „ZUKUNFT HEISST FÜR UNS: GROSS DENKEN.“

Mittelstandsbauch abflachen. Davon profitieren übrigens auch die 3 Millionen Personenunternehmen in Deutschland. Denn für viele Betriebe im Handwerk, Gewerbe und in der Landwirtschaft ist die Einkommensteuer die Unternehmenssteuer. Die komplette Agenda finden Sie unter: <http://bit.ly/2w7FPEA>

### Vorankommen durch eigene Leistung.

Wir wollen, dass jeder nach seiner Façon glücklich wird. Dafür ist es notwendig, dass der Staat den Menschen, den Arbeitnehmern, den StartUps und Unternehmern keine Steine in den Weg legt, sondern ihr Vorankommen einfacher macht. Dazu brauchen wir endlich steuerliche Entlastungen, Investitionen in Straße und Schiene und einen Ausbau der digitalen Infrastruktur mittels Glasfasertechnologie. Wir brauchen flexiblere Arbeitszeitmodelle, flexiblere Kinderbetreuungsmodelle und Behörden, die sich nach der Zeit der Bürger richten, nicht umgekehrt. Dazu wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen. Mit Bürgerportalen, bei denen man alles vom Führerschein über die Ummeldung des Wohnorts bis hin zum polizeilichen Führungszeugnis oder dem Reisepass alles online innerhalb von Minuten beantragen kann. **Wir wollen eine neue Gründerkultur** – damit man ein Unternehmen so schnell und einfach gründen kann, wie ein Auto zu mieten. Wir wollen ein bürokratiefreies Jahr für Gründer, einen einzigen Ansprechpartner für die Gründungsphase, damit die kreativen und unternehmenswilligen Köpfe dieser Republik sich auf Ihre Ideen konzentrieren können, nicht auf Formulare und dem Ämterlabyrinth.

Eine Abschaffung des Behördenschungels brauchen wir auch beim Sozialstaat. **Mit unserem liberalen Bürgergeld wollen wir Menschen absichern** und gleichzeitig motivieren, zu arbeiten, ohne dass sie wegen der unfairen und unübersichtlichen Anrechnungsregeln am Ende weniger in der Tasche haben, als wenn sie nicht arbeiten. Alle Sozialleistungen sollen gebündelt und von einer einzigen Behörde ausgezahlt werden. Selbstverdientes Einkommen soll nur prozentual und geringer als heute angerechnet werden. Gerade Menschen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, gelingt über eine Teilzeittätigkeit im Rahmen eines Minijobs oft der erste Schritt.

Das Gerechtigkeits- und Zukunftsthema – ist weltbeste Bildung. Bildung und Qualifikation verhindert Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Das schafft nicht nur finanzielle Sicherheit, sondern sorgt für das Wichtigste für jeden Menschen: Anerkennung! Wir wollen deshalb die Ausgaben in die Bildung massiv erhöhen. Wir brauchen dafür das Aufbrechen des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern. Schulen müssen saniert werden. Sie müssen modernisiert werden und brauchen mindestens die Technologie, die die Kinder bereits privat jeden Tag in ihren Händen halten. Lehrkräfte müssen durch das Studium und Fortbildungen ganz vorne bei der Medienkompetenz mit dabei sein – um Schülerinnen und Schülern einen verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien beibringen zu können. **Digitalisierung bedeutet auch in der Bildung eine riesige Chance.** Individualisierte Lernprogramme und Evaluationsmöglichkeiten erlauben das, was ein Kind verdient: die bestmögliche und individuelle Förderung. Denn kein Kind ist wie das andere. Und eins ist uns Freien Demokraten klar. Der Mensch fängt nicht beim Abitur an. Für uns ist der Meister genauso viel Wert wie der Master. Für uns ist der Geselle ein ebenso wichtiges Mitglied dieser Gesellschaft, wie es der Studienrat ist.

**Zukunft heißt für uns: Groß denken.** In einem gemeinsamen Europa zusammenhalten und für die Demokratie, den Rechtsstaat, die Achtung der Menschenwürde eintreten. Wenn die Demokraten bei Wahlen zu Hause bleiben, dann kommt die Diktatur. Wir brauchen ein starkes Europa und Mitgliedstaaten, die endlich zentrale Projekte europäisch regeln wollen. Dazu gehört der **Schutz der gemeinsamen Außengrenzen.** Eine Europäische Armee – die effektiver ist und kostengünstiger, als wenn jeder sein eigenes Süppchen kocht. Eine europäische Energie- und Klimaschutzpolitik. Denn es macht doch mehr Sinn, wenn im Süden Europas Sonnenenergie gewonnen wird und im windigen Norden Windräder stehen, als wenn jedes Land, gar jedes Bundesland seine eigene Energiewende vorantreiben will. Eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik, bei der jeder Mitgliedstaat seinen Teil zur Lösung dieser humanitären Katastrophe beiträgt. Ein Europäisches Bundeskriminalamt nach Vorbild des US-amerikanischen FBI – weil Terror nicht an Staatsgrenzen Halt macht. Die Europäische Idee scheint am Boden zu liegen. Aber wir haben es in der Hand. **Wir sind gefragt – wir Freie Demokraten. Aus dem Deutschen Bundestag heraus können wir Europa verändern.**

## „ENGAGING RUSSIA“ – RUSSLAND IN DIE PFLICHT NEHMEN

Interview mit Michael Georg Link, Staatsminister im AA a.D.  
2014 – 2017 Direktor der OSZE-Menschenrechtsbehörde ODIHR



**Glauben Sie, dass die aktuellen und zukünftigen globalen Probleme wie der Klimawandel, der internationale Terrorismus oder massenhafte Armut ohne Russland bewältigt werden können? Falls nein, halten Sie eine Wiederaufnahme Russlands in die G7 für eine realistische Maßnahme, die diplomatischen Beziehungen zum flächenmäßig größten Land der Erde wiederzubeleben und die Russen an der Bekämpfung der genannten globalen Probleme langfristig zu beteiligen?**

Für die Lösung der großen internationalen Fragen unserer Zeit brauchen wir Russland, keine Frage! Aber ein Russland, das bereit ist, nicht nur geopolitische Forderungen zu stellen sondern auch internationale Verantwortung zu übernehmen. Dazu kann die Wiederaufnahme in die G7 zählen, falls Putin bereit ist, seinen Angriff auf die ukrainische Souveränität einzustellen - oder auch ein neues Partnerschaftsabkommen der EU mit Russland.

**Wie kann eine Entspannung der Beziehungen der europäischen und nordamerikanischen Länder zu Russland aussehen, wer muss den ersten Schritt tun? Ist ein konstruktiver Dialog mit dem Kreml möglich?**

Die EU hat seit den Neunziger Jahren zahlreiche Angebote an Russland gemacht. Genscher, Kinkel und Westerwelle hatten zu ihren Zeiten stets darauf gedrängt, Brücken des Vertrauens zu bauen, ebenso wie wir Freien Demokraten von heute. Aber es ist an Russland, diese Brücken zu betreten. Zuletzt wurde das Minsker Abkommen mit voller Rückendeckung der EU von Deutschland und Frankreich ausver-

handelt – mit Russland und mit der Ukraine. Diese Abkommen zeigt den Weg auf, den Russland gehen müsste, damit die EU die Sanktionen schrittweise aufheben kann, z.B. durch den Abzug russischer Soldaten aus der Ostukraine. Leider spielt Moskau vor Ort auf Zeit und hat noch immer Soldaten im Donbass.

**Seit der Annexion der Krim ist das Vertrauen der westlichen Länder in Russland schwer beschädigt. Welche langfristigen, außenpolitischen Folgen hat diese Entwicklung? Kann dieses Vertrauen wiedergewonnen werden, und wenn ja, was muss auf russischer Seite passieren, damit wieder Vertrauen geschaffen werden kann?**

Das Vertrauen muss selbstverständlich wieder aufgebaut werden. Die Hand der EU ist und bleibt ausgestreckt. Die EU hat Russland in den letzten 20 Jahren wiederholt den Abschluss weitgehender Partnerschaftsabkommen angeboten. Leider vergeblich, denn immer wenn die Gespräche ernst wurden, zuckte Putin vor rechtlich verbindlichen Regeln, die seine Herrschaft z.B. über die russische Wirtschaft beschränken könnten, zurück. Schauen Sie nur auf die Probleme, die Russland jetzt der WTO macht, nachdem Russland mit Unterstützung Obamas und der EU Mitglied der WTO wurde. Dennoch - oder gerade deshalb! - hat Christian Lindner jetzt zurecht daran erinnert, dass wir immer wieder Moskau Gesprächsangebote machen müssen, z.B. zur Einbindung Russlands in gemeinsame Krisenbekämpfungen: bei Nordkorea, bei der Bekämpfung

der Flüchtlingsströme, beim Kampf gegen den sog. „Islamischen Staat“ - auch wenn diese Einbindung Russlands bedeutet, die illegale, völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland punktuell auszuklammern. Bei dieser Art des Einbindens unterstreichen wir jedoch als Rechtsstaatspartei deutlich, dass ein Rechtsbruch wie die Annexion der Krim niemals durch Zeitablauf Rechtskraft gewinnen kann. Ausklammern heißt nicht ausblenden.

„Engaging Russia“ - „Russland in die Pflicht nehmen“, sich an der Lösung internationaler Probleme zu beteiligen, statt sie, wie durch Putins Pro-Assad-Einsatz in Syrien oder wie durch Moskaus Vasallmilizen im Donbass weiter zuzuspitzen, das ist aus meiner Sicht der richtige Ansatz. Wenn Russland Respekt für seine Interessen und Augenhöhe zu den USA und zur EU fordert, dann müssen wir auf messbare und belastbare russische Beiträge zur internationalen Lastenteilung pochen. Wer es schafft, Herausforderungen gemeinsam zu meistern, der kann auch Streitthemen anpacken und Vertrauen wieder aufbauen.

**Der Friedensplan von Minsk gilt als gescheitert. Die vereinbarten Maßnahmen zur Erhaltung der Integrität der Ukraine und des Friedens wurden nicht umgesetzt. Wie muss man Russland von diesem Punkt aus behandeln? Glauben Sie, weitere Gespräche müssen geführt und neue Gipfel abgehalten werden oder sehen Sie kurz- und mittelfristig nur die Sanktionen als den richtigen Umgang mit Russland im Ukraine-Konflikt an?**

Einspruch! Das Minsker Abkommen ist nicht falsch, aber es krankt daran, dass weder Russland noch die Ukraine bereit sind, es auch dort umzusetzen, wo es wehtut. Die Ukraine tut sich schwer damit, dem Donbass einen Sonderstatus innerhalb der Ukraine zuzugestehen. Russland zieht weder seine Soldaten ab, noch lässt es irgendwelche Anzeichen erkennen, der Ukraine die Kontrolle über ihre Ostgrenze wie versprochen zurückzugeben. Mehr noch: Es toleriert und unterstützt, finanziell wie militärisch, die illegitime Herrschaft einer Soldateska in Donezk und in Lugansk.

Dass beide Seiten Fehler machen, darf aber nicht den Blick darauf verstellen, was Ursache und was Wirkung dieses Konflikts ist: Nicht ukrainische Truppen stehen in Russland sondern russische Truppen stehen in der Ukraine - und in Georgien, und in der Republik Moldau, obwohl Russland seit 1999 (!) zugesagt hatte, diese abzuziehen. Letzten Endes heißt die Gretchenfrage: Ist Putin bereit, die

Nachfolgestaaten der UdSSR als souveräne Staaten zu behandeln, ihren Wunsch nach Partnerschaft mit der EU zu akzeptieren und ihre Grenzen zu respektieren, so wie von Moskau in mehreren internationalen Abkommen unterschrieben. 27 Jahre nach dem Ende der UdSSR ist es an der Zeit, dass Russland endlich den Phantomschmerz des verlorenen Imperiums über Bord wirft und seine Energie nach innen richtet, auf die überfällige Modernisierung des eigenen Landes. Doch mit immer mehr Kontrolle über die Zivilgesellschaft und ohne freie Wahlen wird dies schwerlich gelingen. Die EU muss jedenfalls weiterhin Russland die Hand für eine echte Modernisierungspartnerschaft reichen, ohne Putins aggressive Nachbarschaftspolitik zu akzeptieren. Deshalb waren die Finanz- und Reisesanktionen gegen die Mitglieder des engeren Moskauer Führungszirkels konsequent und müssen durchgehalten werden, solange es aus Moskau keine Signale für eine Verhaltensänderung gibt.

**Welchen Einfluss haben die innenpolitischen, durch den Kreml begangenen Menschenrechtsverletzungen bezüglich Pressefreiheit oder Meinungsfreiheit auf den Umgang mit Russland und die Pflege der diplomatischen Beziehungen?**

Die seit 1999 wieder autoritärer und engmaschiger werdende Kontrolle der Zivilgesellschaft in Putins Russland, gepaart mit einer gesellschaftspolitisch intoleranten, reaktionären Geschichts- und Innenpolitik, die auch vor der Verehrung Stalins nicht Halt macht, schadet dem Aufbau einer vertrauensvollen Partnerschaft mit der EU. Mehr noch: Das Bild, das die weitgehend gleichgeschalteten russischen Medien und die staatstreue Orthodoxe Kirche vom angeblich dekadenten Westen vermitteln, fördert die Sprachlosigkeit zwischen unseren Völkern. Dem sollten wir entschlossen entgegenreten: FÜR Toleranz, GEGEN Homophobie, für mehr Arbeits- und Studienvisa für junge Russinnen und Russen. Wir sollten das Putin'sche Narrativ vom Niedergang der liberalen Gesellschaften durchkreuzen. Denn nicht das russische Volk oder der russische Staat sind Gegenstand unserer Kritik - es ist der kleine Kreis der Männer des Regimes im Kreml, das OHNE wirksame Kontrolle in Gestalt von freien Wahlen, starken Parlamenten, pluralistischen Medien und unabhängigen Gerichten Russland weiter und weiter ins Abseits führt. Nutzen wir daher jeden möglichen Kontakt mit der russischen Zivilgesellschaft und unterstützen wir sie bei ihrem mutigen Einsatz für eine moderne, gewaltenteilte, liberale Demokratie in diesem großartigen Land.



# KAMPAGNE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

**Freie  
Demokraten**  
FDP

**MICHAEL THEURER**

**99,6%\***

**\*DER UNTERNEHMEN IN  
DEUTSCHLAND SIND KLEINE  
UND MITTLERE UNTERNEHMEN.**

**DENKEN WIR NEU.**



Ein modernes Land erfordert einen modernen Wahlkampf. Auf allen Kanälen wird kräftig die Werbetrömmel gerührt. Plakate, Social Media, Veranstaltungen, und und und. Noch hat das klassische Wahlplakat nicht ausgedient, wir müssen aber die Augen offen halten und neue Möglichkeiten nutzen, um modernen und effektiven Wahlkampf betreiben zu können. Wir haben den „Wahlkampf 4.0“ angenommen und neue Konzepte erfolgreich umgesetzt.

**Inhalte drucken**

Wie keine andere Partei, verstehen es die Freien Demokraten, Inhalte kurz, bündig und direkt auf Printmedien zu verpacken. Top Design – top Slogan. Und das meinen nicht nur Parteifreunde.

**Social Media Kampagne**

Social Media heißt das Zauberwort. Über die sozialen Netzwerke lassen sich in kürzester Zeit eine große

Menge Menschen erreichen. Besonders jüngere Zielgruppen, beispielsweise Erstwähler, sprechen wir

**ICH GEHE WÄHLEN, WEIL...**

**... WIR DAS FELD  
NICHT DEN POPULISTEN  
ÜBERLASSEN DÜRFEN.**

**MEINE ERSTE WAHL: FDP**



## KAMPAGNE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017



gezielt an. Als FDP haben wir die Zeichen der Zeit früh genug erkannt und präsentieren den frischen Wind auf allen gängigen Kanälen. Facebook und Twitter natürlich, inzwischen sammelt unser Instagramprofil aber auch Likes und verbreitet Inhalte und Persönlichkeiten gleichermaßen.

### Wahlkampfveranstaltungen

Der direkte Kontakt zur Wähler- und Bürgerschaft bleibt weiterhin ein wichtiger Bestandteil des Wahlkampfes. Kandidatinnen und -kandidaten sind im ganzen Land unterwegs, um Inhalte zu verbreiten und sich den Fragen der Wählerinnen und Wähler zu stellen.

### IMPRESSUM

Herausgeber: FDP Landesverband  
Baden-Württemberg  
Verantwortlich: Marius Livschütz, Pressesprecher  
Anschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart  
Telefon: (0711) 666 18-0  
Email: [fdp-bw@fdp.de](mailto:fdp-bw@fdp.de)  
[www.fdp-bw.de](http://www.fdp-bw.de)  
Verlag: Universum AG, Berlin  
Gestaltung: Markus Lochmann, FDP-BW  
Fotos: FDP-BW, Michael Link

### #michaeltheurerontour

Denken wir neu. Das trifft auf das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 zu. Auf den Wahlkampf aber auch. Neue Impulse lockern den klassischen Wahlkampf auf und generieren deutschlandweite Aufmerksamkeit.

### WAHLKAMPF-TERMINE

18.09.2017 - 19.30 - Eywiesenstraße 6 - 88212 Ravensburg, Wahlkampfveranstaltung mit Dr. Hans-Ulrich Rülke in Ravensburg

19.09.2017 - 19.30 - Naststraße 43-45 - 70376 Stuttgart, Großveranstaltung mit Christian Lindner und Michael Theurer in Stuttgart

20.09.2017 - 16.00 - Friedrichsplatz - 76133 Karlsruhe, Großveranstaltung mit Christian Lindner und Michael Theurer in Karlsruhe

21.09.2017 - 19.30 - Mußmehlstraße 10 - 72770 Reutlingen, Wahlkampfveranstaltung mit Dr. Hans-Ulrich Rülke

22.09.2017 - 19.30 - Keplerstraße 22 - 68165 Mannheim, Wahlkampfveranstaltung mit Michael Theurer in Mannheim

Mehr Termine unter [www.fdp-bw.de/termine](http://www.fdp-bw.de/termine)

## WICHTIGE ENTSCHEIDUNGEN STEHEN AN – NÖTIG SIND SOLIDE FINANZEN

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion

In der nächsten Zeit stehen viele wichtige Entscheidungen für unser Land an. Als FDP Fraktion im Landtag zeigen wir, dass wir unser Verständnis von einer Politik, die auf Engagement, Verantwortungsbewusstsein und Freiheit der Menschen setzt, mit einer breit angelegten parlamentarischen Arbeit deutlich machen können. Neben vielen anderen Themen gilt unser besonderes Augenmerk den Finanzen. Hier unterscheidet sich Verschwendung von Verantwortung.

Die Steuereinnahmen sprudeln aufgrund der wirtschaftlich sehr guten Situation immer stärker. Wir vergessen nicht, dass das keine Selbstverständlichkeit ist, sondern der Leistung vieler fleißiger Menschen und engagierter Betriebe zu verdanken ist. Umso mehr gilt es, politisch die richtigen Entscheidungen zu treffen. Jede halbjährliche Steuer-schätzung ergibt derzeit rund 500 Millionen Euro Mehreinnahmen pro Jahr, was für die Landesregierung ein Plus von 1 Milliarde im laufenden Haushaltsjahr bedeutet. Leider beweist sich gerade die alte Regel: Haushalte der Zukunft pflegen in guten Zeiten ruiniert zu werden

Die Eckpunkte des Haushalts der schwarz-grünen Landesregierung für die beiden kommenden Jahre lässt keinerlei klare Linie erkennen. Er scheint für diese Regierung in erster Linie eine Gelegenheit zur Stellensuchtbefriedigung der einzelnen Ministerien zu sein. Dabei schafft es die Regierung, berechnete Stellenforderungen – etwa in den Bereichen Polizei oder Schulen – mit der Genehmigung zahlreicher Stellen in den Ministerien zu verbinden. Dieser dreisten Selbstbedienung für grün-schwarzes Personal widersprechen wir deutlich.

Ein weiterer Trick, um Vernunft beim Haushalt zu umgehen, ist der Begriff der „impliziten“ Verschuldung. Das ist nichts anderes als eine Umgehungs-möglichkeit der Schuldenbremse. Hierbei werden Gelder in angebliche Sanierungsfelder verschoben, um dort die allgemeinen Haushaltsansätze runter-zufahren und sich so das Geld in den allgemeinen

Haushalt geben zu können. Höchst widersinnig ist, dass diese Sanierungsmaßnahmen in einem Umfang vorgesehen sind, für die es momentan weder Planungs- noch Baukapazitäten gibt.

Bei der Tilgung von Schulden des Landes zeigt diese Regierung daher keinen Ehrgeiz. In diesem Jahr wären laut Haushaltsordnung dafür 411 Millionen Euro vorgesehen, passieren wird nichts. Möglich wäre sogar fast eine Milliarde Euro. Geld, das zukünftigen Haushalten zugutekäme. Damit würden wir die Tilgungsverpflichtung voll erfüllen und es blieben immer noch genug zusätzliche Mittel für notwendige Investitionen und Korrekturen.

Solide Staatsfinanzen sind die Grundlage für unseren Wohlstand und die Gestaltungsspielräume zukünftiger Politik. Im Deutschen Bundestag zeigt sich seit Jahren, wohin es führt, wenn eine große Koalition selbstgefällig mit üppi-gen Mitteln umgeht und die einzige Opposition von links nur „mehr, mehr!“ ruft. Klar, kritisch, konstruktiv – damit zeigen wir als FDP Fraktion im Landtag, was Qualität im Parlament bedeutet.

Ihr

Hans-Ulrich Rülke



## INTERVIEW MIT DR. TIMM KERN



Dr. Timm Kern (Jg. 1972) ist bildungspolitischer Sprecher der FDP/DVP Landtagsfraktion. Seit 2013 ist er Parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

**Bildung ist ein zentrales Thema für die anstehende Bundestagswahl. Wie wichtig ist Bildung für Deutschland Ihrer Meinung nach?**

In einer Welt der schnellen Veränderungen gibt es kaum eine Ressource, die wertvoller wäre als Bildung. Sie befähigt den Menschen, auch in einer komplexen Umwelt selbstbestimmt seinen Weg zu gehen. Bildung ist die grundlegende Chance zur individuellen Emanzipation und zum sozialen Aufstieg. Deshalb ist Bildung für uns Freie Demokraten die entscheidende soziale Frage: Wir stellen jeden Einzelnen mit seinen unverwechselbaren Talenten und Interessen in den Mittelpunkt.

**Vertreten Sie auch die Auffassung, dass Deutschland den Anspruch haben sollte, „weltbeste Bildung“ bieten zu können?**

Deutschland war einmal die weltweit führende Bildungsnation. Das können wir wieder sein. Weltbeste Bildung dokumentiert unseren Anspruch; mit weniger sollten wir uns nicht zufriedengeben. Weil ein positives Menschenbild Grundlage unserer Überlegungen ist, bleibt weltbeste Bildung für

uns Freie Demokraten das entscheidende Ziel, um die Bundesrepublik für das digitale Zeitalter fit zu machen. Dabei gibt es für uns keine Bildungsbio-graphien erster und zweiter Klasse. Von der Kita bis zur Volkshochschule, von der Universität über die Beruflichen Schulen: Uns Freien Demokraten geht es um ein vielfältiges Bildungsangebot. So vielfältig wie die Interessen, Begabungen und Motivationen der Bürgerinnen und Bürger.

**Angenommen die FDP zieht nach der Bundestagswahl am 24. September wieder in den Bundestag ein und wird Teil einer neu gewählten Regierung. Welche Ziele und Vorstellungen sollte die FDP in Sachen Bildung in die Regierungsarbeit einbringen?**

„Denken wir neu“ lautet unser Bundestagswahlprogramm und es setzt Maßstäbe: Bildung nimmt hier den ersten und größten Teil ein. Wir machen konkrete Vorschläge für eine künftige Bildungspolitik des Bundes. Dass dieser sich mit seinen Möglichkeiten über einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern finanziell an der Bildung beteiligen soll, ist eines unserer Ziele. Auch der Anspruch, weltbeste Lehrer auszubilden, ein vielfältiges Schulangebot zu sichern und die Eigenständigkeit der Schulen zu fördern, sind wesentliche Bestandteile unseres Programms. Damit sich das Lehrpersonal auch auf den Unterricht konzentrieren kann, muss außerdem die überbordende Bürokratie an Schulen spürbar eingeschränkt werden. Darauf zielt unser Vorschlag von Schulverwaltungsassistenten.

**Zu Ihrer Tätigkeit im Landtag von Baden-Württemberg. Sie sagten, „die Zukunft unserer Kinder ist zu wertvoll, als dass wir uns ein zweitklassiges Bildungssystem leisten könnten.“ Wie möchten Sie die Zukunft der Kinder in Baden-Württemberg gestalten?**

Ich will die „passende Schule für jedes Kind“ und eben nicht die „eine Schule für alle“. Deshalb brauchen wir dringend einen Schulfrieden, der über Legislaturperioden hinausgeht und dadurch Verlässlichkeit schafft. Es muss Schluss sein, dass nach jeder Landtagswahl bildungspolitische Säue durch das Dorf getrieben werden und die Menschen vor Ort nicht wissen, welche Schulformen Zukunft haben und welche möglicherweise vor der Existenzfrage stehen, wie das aktuell beispielsweise vielen Werkrealschulen ergeht. Nach unseren Vorstellungen soll vor Ort in eigener Verantwortung über das jeweilige Bildungsangebot entschieden werden und das Land stellt hierfür in ausreichendem Maße die Ressourcen zur Verfügung.

**Sie kritisieren die grün-schwarze Bildungspolitik in wesentlichen Punkten. Welche Folgen hat die Arbeit der Regierung Ihrer Meinung nach?**

Zunächst kann positiv vermerkt werden, dass die grün-schwarze Landesregierung deutlich behutsamer vorgeht, denn von 2011 bis 2016 wurde unter Grün-Rot ein nicht perfektes, aber ein in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit, Sitzenbleiber- und Schulabbrecherquote äußerst erfolgreiches Bildungssystem mit dem Schaufelradbagger umgegraben und dadurch in erhebliche Unruhe versetzt. Leider ergreift auch die CDU-Kultusministerin keine Initiative für einen überparteilichen Schulfrieden. Beispiel: Statt die beruflichen Schulen zu stärken, schafft die Landesregierung mit der Einführung der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen eine unnötige Konkurrenz. Insgesamt spüre ich, dass in den Bildungseinrichtungen vor Ort nach wie vor eine erhebliche Unsicherheit herrscht. Darunter leiden Schüler, Lehrer, Eltern und vor allem die Qualität des Bildungsangebots.

**Was möchten Sie gerne anders machen? Was ist Ihr bildungspolitisches Herzensanliegen?**

Wir wollen die finanzielle Privilegierung der Gemeinschaftsschule beenden und stattdessen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Schularten schaffen. Wir wollen den Schulen ein eigenes Budget zuweisen. Sie dürfen über Personalangelegenheiten

sowie ihr inhaltlich-pädagogisches Profil eigenständig entscheiden. Bei Ganztagesesschule und Inklusion fordern wir Wahlfreiheit und keine von oben verordneten Zwangsveranstaltungen. Als Theologe ist mir außerdem der große Wert eines reflektierten, wissenschaftlichen Religionsunterrichts bewusst. Muslimische Schülerinnen und Schüler müssen über einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht über ihre Religion aufgeklärt werden. Und zwar in deutscher Sprache und von Lehrkräften, die an unseren Hochschulen und unter staatlicher Aufsicht ausgebildet wurden.

**Ihnen ist es sehr wichtig, dass die fortschreitende Digitalisierung auch flächendeckend bei den Schulen des Landes ankommt, um nicht ins digitale Abseits zu geraten. Was gilt es hier zu tun?**

Digitalisierung eröffnet großartige Möglichkeiten für weltbeste Bildung: für individuelles Lernen gemäß den eigenen Bedürfnissen und Talenten. Für neue Methoden, die zu den unterschiedlichsten Lebensentwürfen passen. Die technische Aufrüstung unserer Schulen erfordert eine finanzielle Kraftanstrengung. Deshalb wollen wir in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Lebenslanges Lernen muss von Lehrern gelebt werden: konsequente Aus- und Weiterbildung ist Kernbestandteil unserer Digitalstrategie. In den Schulen müssen Kindern befähigt werden, auf der Basis fundierten Fachwissens aus der Informationsflut die Spreu vom Weizen zu trennen und Quellen kritisch hinterfragen zu können. Dazu gehört von Kindesbeinen an die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz.

**Wie und wo würden Sie einen Wahlerfolg der FDP bei den Bundestagswahlen feiern?**

Zunächst will ich in den nächsten Wochen in möglichst vielen Gesprächen für ein gutes FDP-Ergebnis bei der Bundestagswahl werben. Viele Menschen, aber auch Verbände und Organisationen bekennen wieder in Gesprächen, dass sie unser positives Menschenbild, die liberale Grundhaltung und unsere politischen Ziele teilen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass uns die Rückkehr in den Deutschen Bundestag gelingen kann. Den Wahlabend werde ich mit politischen Freunden in meinem Kreisverband Freudenstadt verbringen und mich hoffentlich zusammen mit den über 58.000 Freien Demokraten in ganz Deutschland über das Ergebnis freuen.

## BEI GRÜN-SCHWARZ MUSS DIE INNERE SICHERHEIT AUF EINEM BEIN STEHEN



Aufgabe der FDP ist es, einen möglichst hohen Schutz der Bevölkerung anzumahnen, dabei aber die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu wahren. In diesem Sinn bewerten wir in unserem aktuellen Positionspapier das Maßnahmenpaket von Grünen und CDU. Die Fokussierung der Koalition auf Befugnisweiterungen für die Sicherheitsbehörden offenbart dabei, dass ihre Analyse der Bedrohung unserer Gesellschaft zu kurz greift. Es mangelte den Behörden nicht an Wissen über die Terroristen, sondern am Vermögen, deren Gefährlichkeit richtig einzuschätzen. Hinzu kam die fehlende politische Unterstützung für ein Vorgehen gegen Straftaten, die verstärkt von Asylbewerbern und Flüchtlingen begangen werden. Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass in weitgehend geschlossenen Milieus Menschen Werte vermittelt werden, die auf die Ablehnung unserer liberalen Gesellschaft gerichtet sind. Unsere Demokratie ist aber nur zukunftsfähig, wenn sie in der Bevölkerung als beste Staatsform anerkannt ist. Teilt ein erheblicher Anteil der Bevölkerung diese Einschätzung nicht, sind die Folgen unabsehbar. Präventionsmaßnahmen wie ein staatlicher Islamunterricht an Schulen sind daher besonders wichtig.

Die FDP/DVP Fraktion trägt einzelne der grün-schwarzen Maßnahmen wie die präventive Fußfessel und Sprengmittel für die Polizei mit, fragt aber, wo ist das Personal, das die Möglichkeiten anwenden soll. Wenn wir die Analysefähigkeit deutlich verbessern wollen, bedarf es mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden und der Justiz, das die Erkenntnisse gründlicher auswertet und engagiert die rechtlich

möglichen Maßnahmen in Angriff nimmt. Wer wie Grün-Schwarz 250 zusätzliche Stellen in der Umweltverwaltung schafft, darf nicht sagen, zusätzliche Stellen für die Sicherheit können wir nicht finanzieren.

Die Umsetzung der Telekommunikationsüberwachung wirft zahlreiche Fragen auf: Woher will die Landesregierung Trojaner beziehen? Wie wird sie die Erstellung sowie deren Nicht-Weitergabe an Unbefugte überwachen? Absurd ist es, mit dem Paket die Möglichkeit eines Alkoholkonsumverbots auf öffentlichen Plätzen zu beschließen. Wenn die Landesregierung dazu feststellt, dass eine höhere Polizeipräsenz nicht geeignet sei, da sie eher eskalierend wirke, stellt sich die Frage, wie das Alkoholkonsumverbot ohne Polizeipräsenz durchgesetzt werden soll und welches Bild die Landesregierung von Polizeiarbeit hat, offenbar das der erlebnisorientierten grünen Klientel. Mehr dazu im neuen Positionspapier:

<http://fdp-dvp.fraktion.de/downloads/positionspapier-reaktionen-auf-die-bedrohung-unserer-gesellschaft-durch-extremismus-und-terrorismus.pdf>

Gerne schicken wir Ihnen das auch postalisch zu.

### IMPRESSUM

FDP/DVP Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063-918  
Fax: 0711 2063-610  
E-Mail: [post@fdp.landtag-bw.de](mailto:post@fdp.landtag-bw.de)  
Web: [www.fdp-dvp.de](http://www.fdp-dvp.de)

Verantwortlich: Dr. Michael Haas (Pressesprecher)

Fotos: FDP/DVP Landtagsfraktion, pixabay.com,  
Timm Kern

## FAHRVERBOTE SIND DAS FALSCHES SIGNAL

Kaum ein anderes Thema beherrscht momentan die Diskussion wie die Frage der Luftreinhaltung und der Automobil-Technologie. Gesundheitsschutz hat für die Fraktion der Freien Demokraten absolute Priorität und die Umgehung gesetzlicher Grenzwerte ist vollkommen inakzeptabel. Dennoch plädieren die Freien Demokraten im Landtag dafür, nicht durch Fahrverbote und das Verbot der innovativen Diesels-technologie das „Kind mit dem Bade“ auszuschütten.

Für die FDP steht dabei nicht nur der Klimaschutz, sondern auch der Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der soziale Aspekt im Fokus. In den Mittelpunkt der Kritik geriet aufgrund der NO<sub>2</sub>-Emissionen der Dieselmotor. Unbestritten wird der Diesel, gerade für die Erreichung der Klimaschutzziele, noch lange gebraucht, da er deutlich weniger CO<sub>2</sub> produziert als Benzin- oder Elektrofahrzeuge. Seit ein bis zwei Jahren ist eine neue Generation von Dieselmotoren auf dem Markt, die bereits vor rund zehn Jahren mit Hochdruck entwickelt wurde und auch unter den neuen RDE-Testbedingungen der EU die Grenzwerte für Stickoxide einhalten kann oder diese sogar um bis zu 70 Prozent unterschreitet. Was derzeit passiert, ist gefährlich: Grüne Politiker wie Verkehrsminister Hermann sehen ihre Chance für Fahrverbote kommen. Politisch sollen die Weichen ausschließlich in Rich-

tung Elektrotechnologie gestellt werden – auf Biegen und Brechen und ohne Technologieoffenheit.

Dem setzt die FDP Fraktion im Landtag mit dem verkehrspolitischen Sprecher Jochen Haußmann Tatsachen und eine umweltfreundliche und marktwirtschaftliche Vorstellung mit technologieoffenem Wettbewerb um die beste Lösung entgegen. Hysterie ist ein schlechter Ratgeber. Einen Überblick über die Forderungen und Überlegungen finden Sie auf unserer Homepage unter [www.fdp-dvp-fraktion.de](http://www.fdp-dvp-fraktion.de), darunter ein Acht-Punkte-Plan zu den Anforderungen an eine Metropolmobilität der Zukunft und ein Positionspapier zu den Fahrverbotsplänen.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat bereits angekündigt, die Klagen zur Luftreinhaltung auch in anderen Gemeinden anzustreben. Das Thema hat für den Automobilstandort Baden-Württemberg große Bedeutung, nicht zuletzt aufgrund tausender Arbeitsplätze, die bei kleinen und mittleren Zulieferbetrieben von der Frage der Mobilitätsgestaltung abhängen. Es liegt jetzt an uns, ob diese Diskussion das Zeug zu einer Wirtschaftskrise hat oder der Beweis dafür ist, dass der Ansatz der Freien Demokraten zur Mobilität der Zukunft unter bestem Einsatz aller Möglichkeiten die Lösung ist.

## KOSTEN-WILDWUCHS IM NATIONALPARK

Der Nationalpark Schwarzwald wirbt mit dem Slogan „eine Spur wilder“. Aus Sicht des naturschutzpolitischen Sprechers der FDP/DVP Fraktion, Andreas Glück, trifft dies den Nagel auf den Kopf. Denn genauso wild wie die Entstehungsgeschichte dieses Prestigeprojekts war, das sieben Städte und Gemeinden in Bürgerbefragungen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt haben, genau so chaotisch und wild ist nun die Kostenentwicklung für das Besucherzentrum im Park.

Die frühere grün-rote Landesregierung hatte ursprünglich 20 Millionen Euro für das Ausstellungsgebäude veranschlagt. In der ersten Grobkostenkalkulation war dann von 22,5 Millionen und nach Ergänzung eines Risikopuffers von 25,5 Millionen Euro die Rede. „Anschließend ist der Landesregie-

rung völlig überraschend aufgefallen, dass man bei einem Gebäude in einem abgelegenen Waldgebiet auch Erschließungskosten einkalkulieren muss. So kamen nachträglich abermals 4 Millionen hinzu“, erläutert Glück. Der Miniatur-Baumwipfelpfad, der hinzukommen soll, kostete nochmals 1,5 Millionen Euro. „Der Gipfel aber ist, dass die Landesregierung erst später auf die Idee gekommen ist, dass sie für die Besucher auch einen Parkplatz brauchen. So mussten Sie weitere 2,2 Millionen nachlegen und nochmals 3 Millionen, weil ein Ausstellungsgebäude auch eine Ausstellung benötigt“, sagt Glück. Inzwischen ist das Land bei Kosten in Höhe von 37,17 Millionen Euro angelangt.

Glück forderte die Landesregierung auf, beim Besucherzentrum endlich einen Kostendeckel einzuziehen.

# thinkliberal.de

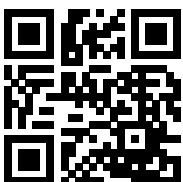
## Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort wie Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate, Messe- und Kongressequipment oder Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller und Visitenkarten im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation  
Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne  
Telefon: 02389 . 92 75 82 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237 | [info@thinkliberal.de](mailto:info@thinkliberal.de) | [www.thinkliberal.de](http://www.thinkliberal.de)



Ihr Shop für FDP Werbemittel